

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 16 (1936-1937)
Heft: 3

Artikel: Devaluation in Frankreich
Autor: Scheffler, Paul
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-332756>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

dings handelt es sich nicht um eine reine Papierwährung, sondern um eine Zwischenlösung. Offenbar um die Rückkehr zur Goldwährung auf einem um 30 Prozent abgewerteten Niveau vorzubereiten, wurde die Nationalbank angewiesen, den Goldwert des Frankens zwischen einem Feingehalt von 190 und 215 Milligramm zu halten.

Aus der bewegten Geschichte des schweizerischen Geldwesens dürfte sich der Schluß ziehen lassen, daß die Goldwährung keineswegs geeignet ist, allen Bedürfnissen gerecht zu werden. Mit dem Abwertungsbeschluß des Bundesrates vom 26. September 1936 ist das Schicksal der schweizerischen Währung noch keineswegs bestimmt. Der Abwertungsbeschluß wurde vom technischen Standpunkte aus mit Recht schlagartig gefaßt, wodurch Spekulationsgewinne weitgehend ausgeschaltet wurden. *Aber welche Form die schweizerische Währung in Zukunft annehmen muß, ist erst noch durch gründliche Diskussion abzuklären.* Nur das eine möge hier festgestellt werden: Durch die Abwertung des Schweizer Frankens sind nicht nur etwas über 500 Millionen Währungsreserven gesichert worden. In Wirklichkeit beläuft sich die *frei verfügbare Währungsreserve* der Schweiz auf fast 1,6 Milliarden Franken, da die schweizerische Volkswirtschaft in den Hochkonjunkturjahren 1927/29 mit einem Goldgehalt von 500 bis 600 Millionen Franken alter Parität ihren internationalen Zahlungsverkehr bequem beherrschen konnte. Es stehen uns daher genügend finanzielle Reserven zur Verfügung, um die so dringend notwendige *Wirtschaftspolitik des Aufbaues* großzügig zu finanzieren.

Devaluation in Frankreich

Von P a u l S c h e f f l e r.

Seitdem die Regierung Blum am Ruder ist, vergeht kaum eine Woche, ohne daß sich das Ministerium vor Entscheidungen gestellt sieht, die nicht nur sein eigenes Schicksal, sondern das Frankreichs, ja vielleicht das Schicksal von halb Europa bestimmen können. Die Streikbewegung vom Juni, der faschistische Aufstand in Spanien, die Schlichtung umfassender Arbeitskonflikte in den Industriegebieten und jetzt die Devaluation, — all das stellt die Regierung vor Aufgaben, deren Lösung nicht nur die wirtschaftliche Struktur Frankreichs völlig verändern kann; vielleicht wird heute von Paris aus auch über das Schicksal des europäischen Faschismus entschieden.

Ein Teil der französischen Linkspresse hat denn auch die Devaluation als sicherste Waffe gegen den Faschismus bezeichnet; ein anderer als »Antwort« auf die Verlängerung der Militärdienstzeit in Deutschland. Freilich ist die Zahl derjenigen, die die Devaluation so offen begrüßen, gering. Es sind nicht nur die Gegner der Volksfrontregierung, die dem sozialistischen Finanzminister Unehrlichkeit vorwerfen, die höhnend vom »franc populaire« sprechen. Auch die Kommunisten machen kein Hehl daraus, daß sie die Tatsache der Ab-

wertung aufs tiefste bedauern und der Regierung nur darum ihre Stimmen nicht versagten, weil sie ihren Sturz abwenden wollten. In den Reihen der Radikalsozialisten, besonders bei den radikalsozialistischen Senatoren, machte sich zum erstenmal ein kaum versteckter Widerstand gegen die Regierung geltend. Wenn bei einer solchen Sachlage die Regierung es dennoch für notwendig hielt, die Abwertung vorzunehmen, so müssen sie gebieterische Gründe zu diesem Entschluß gezwungen haben. Denn besonders die sozialistischen Minister wissen, daß die Werktätigen in Stadt und Land die Regierung von jetzt ab nicht nur nach den sozialen Gesetzen vom Juni beurteilen werden, sondern auch nach den Folgen, die die Devaluation haben wird.

Warum hat sich Frankreich dazu entschlossen, den »Poincaré«-Franc aufzugeben, der nicht länger als neun Jahre bestanden hat? Es ist bekannt, daß sich in der letzten Zeit die Zahl der Länder, die am Gold-Standard festhielten, ständig vermindert hat. Dennoch versuchte Frankreich Jahre hindurch die Abwertung zu vermeiden. Hierzu wurde es einmal durch den Umstand bestimmt, daß der französische Franc ja bereits einmal abgewertet worden war, ohne daß auf die Dauer die Folgen für die französische Wirtschaft sonderlich günstig gewesen sind. Zum andern aber ist es die in Frankreich besonders große Anzahl von Rentnern gewesen, mit der sich keine Regierung durch eine neuerliche Abwertung verfeinden wollte. Gerade das Bankkapital, das in andern Ländern häufig auf Abwertung drängt, fühlte sich in Frankreich zu sehr als Vertreter eben dieser breiten Rentnerschicht, um eine Devaluation zu befürworten.

Die reaktionären Vorgänger Blums hatten den Ausweg aus der Krise in deflationistischen Maßnahmen gesucht, damit aber die wirtschaftlichen Schwierigkeiten nur noch verschärft. War auch wegen der geringen Geburtenziffern und wegen der großen Verluste an Menschenopfern, die Frankreich im Weltkrieg gebracht hatte, die Arbeitslosigkeit nicht so groß wie in andern Ländern, so begann sie doch auch hier bedrohliche Ausmaße anzunehmen: die offizielle Ziffer von etwa 400,000 Arbeitslosen dürfte wegen ungenügender statistischer Erfassung nicht einmal die Hälfte der wirklich vorhandenen Arbeitslosigkeit angeben. Manche Industriezweige, besonders die für den Export arbeitenden, lagen völlig danieder; $\frac{1}{9}$ des gesamten französischen Sozialprodukts entfällt aber auf den Export. Für 1936 hätte nach offiziellen Schätzungen der Exporterlös nur etwa ein Drittel des 1932 erzielten Erlöses betragen. Die Deflation führte zwar zu einer ständigen Senkung von Löhnen und Gehältern, aber durchaus nicht zu einer entsprechenden Senkung der Detail-Preise. Während zum Beispiel Anfang 1936 die Lebenshaltungskosten einer Arbeiterfamilie gegen 1913 um ein Viertel zurückgegangen waren, sind sie für Frankreich im Vergleich mit der Vorkriegszeit noch gestiegen. Unter solchen Umständen war es nicht erstaunlich, daß alle Bemühungen der Vorgänger Blums um die Ausgleichung des Staatshaushaltes vergeblich blieben. Am Jahresende betrug das Defizit immer wieder etwa 8 Milliarden fr. Franken, zu denen noch das Milliardendefizit der privaten

Eisenbahngesellschaften hinzuzurechnen ist, für das der Staat aufzukommen hat.

Diese Sachlage konnte die Regierung Blum nicht mit einem Schlage ändern. Die Indexziffern der industriellen Produktion, der beladenen Güterwagen usw. ergeben sogar eine weitere, wenn auch leichte Verschärfung; die Arbeitslosigkeit hat im ganzen eher zu- als abgenommen. Eine wirkliche Belebung ging bisher nur von dem durch die neue Urlaubsregelung verstärkten Reiseverkehr aus; der von der Regierung mehrfach hervorgehobene erhöhte Umsatz der Warenhäuser könnte auch von einer »Flucht in die Sachwerte« herrühren, die oft für Zeiten der Währungsunsicherheit charakteristisch ist. — Eine solche Stagnation erklärt sich einmal durch die Tatsache, daß die neue soziale Gesetzgebung, wie in dieser Zeitschrift geschildert wurde¹, für die Klein- und Mittelbetriebe äußerst drückend war und, bevor der Staat wirksam helfen konnte, die Konkurrenzfähigkeit dieser für die französische Wirtschaft so wichtigen Betriebe ernstlich beeinträchtigte. Außerdem aber hielt der durch die Ueberhöhung der französischen Preise bedingte Rückgang des Exports an.

Dem Staatshaushalt erwachsen neue schwere Lasten durch die Notwendigkeit, auf die Erhöhung der Militärdienstzeit in Deutschland mit einer Verstärkung der Verteidigungsmaßnahmen zu antworten: nicht weniger als 20 Milliarden fr. Franken mußten hierfür zur Verfügung gestellt werden (der gesamte französische Staatshaushalt beträgt nur wenig mehr als 40 Milliarden). Außerdem ist zu erwarten, daß auf diesem Gebiet noch neue zusätzliche Kosten entstehen werden. Die Goldabflüsse der Bank von Frankreich schließlich haben innerhalb des letzten Jahres nicht weniger als 28 Milliarden fr. Franken betragen. Hiervon entfallen zwar 25 Milliarden auf die Zeit vor dem Regierungsantritt Blums; aber gerade die gespannte außenpolitische Lage ließ weitere Abflüsse besonders unerwünscht erscheinen. Denn vor allem bildet ja Gold den Kriegsschatz.

Es soll hier nicht näher untersucht werden, wieweit die Regierung etwa durch einschneidende staatliche Eingriffe in die Wirtschaft der Schwierigkeiten hätte teilweise Herr werden können. Aber die staatliche Regelung, der Etatismus, widerspricht zu sehr dem französischen Wirtschaftsaufbau, dem Temperament des Volkes, als daß sich die Regierung hierzu entschließen konnte, solange noch ein anderer Weg gangbar erschien. Sicher ist, daß die von den Kommunisten unablässig geforderte Besteuerung der großen Vermögen, ihr »die Reichen sollen zahlen«, zwar eine wirksame Propagandalosung ist, eine wirksame und schnelle Lösung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten war aber von ihr nicht zu erwarten.

Unter diesen Umständen erschienen vielen die Versuche der Volksfrontregierung, die Devaluation zu vermeiden, von vornherein aussichtslos. Vielleicht hätte das Kabinett sogar dann, wenn es die Währungsmaßnahmen unmittelbar nach dem Regierungswechsel vorge-

¹ Vgl. »Rote Revue«, 15. Jahrgang, Seite 420.

nommen hätte, deutlicher zeigen können, daß nicht die Minister der Volksfront, sondern die Minister der Deflation die Verantwortung für die Abwertung trugen. So ist zum Beispiel der Regierung gerade die Tatsache, daß sie zunächst ein Anleihen auflegte und nach Zeichnungsschluß zur Devaluation schritt, in breiten Kreisen der Bevölkerung verübelt worden. Freilich war diese Anleihe auch nur in Höhe von 40 Prozent des aufgelegten Betrages gezeichnet worden.

Unzweifelhaft ist, daß die Devaluation für den Goldschatz der Bank von Frankreich und damit auch für den Staatshaushalt eine günstige Wirkung haben wird. Die Währungsumstellung selbst erbringt etwa 16 Milliarden, von denen allerdings etwa 10 Milliarden für den Ausgleichsfonds zur Verfügung gestellt werden dürften, der den Franc vor Angriffen der Spekulation und Manövern zu schützen hat. Man rechnet aber weiter damit, daß von den abgeflossenen 28 Milliarden etwa 20 Milliarden zurückfließen werden. Außerordentlich groß ist schließlich der Betrag, den die Bevölkerung in den letzten Jahren aus Furcht vor einer Abwertung thesauriert hat: vorsichtige Schätzungen ergeben, daß von diesen Summen etwa 9 Milliarden dem Staat zur Verfügung gestellt werden. Alles in allem kann damit gerechnet werden, daß der Goldbestand etwa 90 Milliarden betragen wird, damit ist der französische Franc zu 90 Prozent mit Gold gedeckt.

Freilich bedeutet dies noch nicht die Wirtschaftsbelebung, die in andern Ländern, wie zum Beispiel England, erst ein Jahr nach der Abwertung eingesetzt hat. Mit Recht kann man hoffen, daß durch die Angleichung der französischen Preise an die Weltmarktpreise der französische Export gehoben wird. Freilich ist zu berücksichtigen, daß gerade, weil Frankreich diese Maßnahme erst jetzt ergriffen hat, manche Absatzmärkte bereits endgültig versperrt sein dürften. Von besonderer Bedeutung wird die auf jeden Fall zu erwartende Exportsteigerung für die französischen Kolonien sein. Die Kolonien sind begreiflicherweise auf den Export ganz besonders angewiesen: über 30 Prozent des gesamten französischen Exportes entfallen auf die Kolonien. Hier hat der Ruin der Ausfuhr zu Krisenerscheinungen geführt, die weit schärfer als im Mutterland zu ernsthafter politischer Beunruhigung Anlaß gaben.

Von großer Bedeutung für die Belebung der französischen Wirtschaft kann es auch sein, wenn man mit den jetzt zur Verfügung stehenden Summen endlich den im Plan der Gewerkschaften vorgesehenen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen die Unterstützung zuteil werden läßt, die sie verdienen. Vom Plan der Gewerkschaften war bis in die letzte Zeit hinein sehr wenig mehr die Rede; die öffentlichen Arbeiten wurden kaum mit mehr Eifer in Angriff genommen, als unter den Vorgängern Blums. Es ist aber sicher, daß gerade Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen großzügig durchgeführt werden müssen, sollen sie überhaupt eine wirtschaftsbelebende Bedeutung haben. Jetzt wird unschwer ein Betrag von 10 bis 15 Milliarden zur Verfügung gestellt werden können, um auf diese Weise gleichzeitig die Arbeitslosigkeit zu vermindern und den kleinen wie mittleren Unternehmungen zu

Aufträgen zu verhelfen. Weil die Gewerkschaften voraussahen, daß die Devaluation diese Möglichkeiten eröffnet, sind sie denn auch niemals gegen eine Abwertung aufgetreten; ein Teil der leitenden Gewerkschaftsfunktionäre hat sie sogar in letzter Zeit offen gefordert.

Die Wirkung, die von der Devaluation ausgehen kann, würde ganz oder zum Teil zerstört werden, wenn die Abwertung von einer wesentlichen Preissteigerung gefolgt sein würde. Da ja die Preise der importierten Waren steigen, erscheint eine gewisse Preissteigerung unumgänglich. Die Regierung will und kann, soweit internationale Vereinbarungen eingreifen, hier durch Herabsetzung der Zollschränken, Aufhebung von Kontingentierungen usw. Abhilfe schaffen. Vor allem aber bilden ja die Kosten für aus dem Ausland importierte Waren, besonders bei einem Kolonialreich wie dem französischen, nur einen Bruchteil der Inlandspreise. Schließlich zieht auch, wie das Beispiel anderer Länder, etwa das Belgiens, gezeigt hat, eine Erhöhung der Engrospreise durchaus nicht notwendig eine Erhöhung auch der Lebenshaltungskosten nach sich, wie schon früher gezeigt wurde². Ebenso wie aber das reaktionäre Unternehmertum auch nach der großen Streikbewegung im Juni mit allen Kräften eine ungerechtfertigte Preissteigerung betrieben hat, so ist auch jetzt zu erwarten, daß die gleichen Kreise eine Preissteigerung betreiben werden, um die Volksfrontregierung in den Augen der Massen zu diskreditieren. Um so wichtiger wird es sein, daß gerade hier die Regierung mit allem Nachdruck vorgeht: die ersten Maßnahmen nach der vollzogenen Abwertung zeigen auch den Willen der zuständigen Minister, besonders die Interessen der Werktätigen zu schützen.

Für die arbeitenden Massen in Stadt und Land bedeuten Währungsmaßnahmen an sich weder einen Vorteil noch einen Nachteil. Für sie ist vielmehr entscheidend, was aus diesen Maßnahmen gemacht wird. Unzweifelhaft ist freilich, daß bei allen Währungsmanipulationen der Nachkriegszeit das Proletariat überall am schwersten belastet wurde. Das aber liegt weniger an der Devaluation und Inflation an sich, als daran, daß die Bourgeoisie es hier wie sonst versteht, alle Lasten der Krise auf die Arbeitenden abzuwälzen. Dies gelingt ihr freilich im Gefolge einer Abwertung besonders leicht, weil dann die Arbeiterklasse im allgemeinen durch Krise und Unsicherheit geschwächt und kampfunfähig ist.

Gerade dieses Kräfteverhältnis aber ist gegenwärtig in Frankreich relativ günstig; die Kampfkraft der eben erst erstarkten Gewerkschaften, die heute über 5 Millionen Mitglieder zählen, ist ungebrochen und größer als je in der Geschichte der französischen Arbeiterbewegung. Die Regierung war denn auch entschlossen, ebenso wie bei der Gesetzgebung im Juni, die Interessen der Besitzlosen zu wahren.

Schwer war dies natürlich zunächst bei der breiten Rentnerschicht. Alle ihnen bewilligten Entschädigungen können nicht den Verlust, den sie durch die Abwertung erleiden, aufwiegen. Da diese Schicht aber

² Vgl. »Rote Revue«, 15. Jahrgang, Seite 419.

bisher weitgehend in den Reihen der Volksfrontanhänger stand, ist es um so notwendiger, dadurch, daß man die werktätige Bevölkerung wirksam vor den gefährlichen Folgen der Devaluation schützt, schließlich auch die Sympathien der Rentner zu erhalten oder wiederzugewinnen.

Die Regierung ist angegriffen worden, weil sie einen ungenügenden Schutz der Bauern vor den Folgen der Abwertung vorgesehen habe. Nicht mit Unrecht hat Blum dem entgegengehalten, daß der Schutz der Bauern in der sonstigen Agrarpolitik der Regierung liegen müsse, die ausreichende Preise für die Agrarprodukte sichern wolle. Er hätte hinzufügen können, daß die gleichen Senatoren, die jetzt so eifrig und demagogisch die Verteidigung der bäuerlichen Interessen übernahmen, im Juli die Vorschläge der Regierung zum Schutz der Bauern leider mit einigem Erfolg bekämpft hatten.

Von vornherein war zu erwarten, daß der heftigste Widerstand der Gegner der Volksfront sich gegen die Absicht der Regierung wenden würde, die Interessen der Lohnempfänger durch die Verbindung von Löhnen und Gehältern mit dem Lebenshaltungsindex zu wahren. Eine solche Regelung wäre in der Tat geeignet, die Schädigung der Arbeiter durch die etwa einsetzende Preissteigerung zu verhindern. Würde die vorgeschlagene Verbindung überall durchgeführt, so würde mindestens zu einem Teil der Unternehmer und nicht der Arbeiter die Kosten der Preissteigerung tragen. Diese Perspektive genügte, um die schärfste Abwehr von seiten der Reaktion auf den Plan zu rufen. Daß sich ihr die radikalsozialistische Mehrheit jenes Senats anschloß, den als den »republikanischen« zu feiern sich die Kommunisten in der letzten Zeit nicht genug tun konnten, zeigt, wie berechtigt der Kampf gegen ein aus indirektem Wahlrecht hervorgegangenes Oberhaus war, ein Kampf, den die Sozialisten auch nicht aufgeben dürfen, nachdem sie aus einer Oppositions- zur Regierungspartei geworden sind. Die Fronten, die in dem großen Rededuell Blum-Caillaux sichtbar wurden, zeigten außerdem deutlich, von welcher Seite der Volksfront eine wirkliche Gefahr droht: von jenen großbürgerlichen radikalsozialistischen Exponenten der kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Massen, die sich nur dann scheuen werden, den Interessen ihrer Wähler und Anhänger zuwiderzuhandeln, wenn sie bei den Sozialisten den Mut zur Konsequenz spüren werden. Solchen Gefahren kann man freilich auch nicht dadurch begegnen, daß man, wie die Kommunisten es ständig tun, gerade die reaktionärsten parlamentarischen Vertreter der Radikalsozialisten, wie beispielsweise Herriot, mit besonderer Nachsicht behandelt.

Die Verknüpfung der Löhne mit den Lebenshaltungskosten ist dabei durchaus keine neue Erscheinung. Im Buchgewerbe besteht sie schon seit Jahren; die letzten Wochen haben sie in eine Reihe bedeutender Tarifverträge eingeführt. Selbst in Belgien, dessen Beispiel die Reaktion ständig für sich in Anspruch nehmen wollte, ist die gesetzgeberische Möglichkeit einer solchen Verknüpfung gegeben. Wollte die Regierung aber ihren Sturz vermeiden, so mußte sie ihre Vorschläge

aufgeben und sich im Kampf gegen die Preissteigerung mit Vollmachten begnügen, deren Wirksamkeit erst die Zukunft zeigen kann.

Um so bedeutsamer ist daher die Entschließung der Gewerkschaftsausschußsitzung, die vor einigen Tagen in Paris stattfand. Die Gewerkschaften haben sich hier ausdrücklich die Forderung nach Verbindung der Löhne und Gehälter mit den Lebenshaltungskosten zu eigen gemacht. Gewerkschaftsführer erklären, daß es einer staatlichen Regelung dieser Frage darum nicht bedürfe, weil die organisierte Arbeiterschaft stark genug sei, ihre Forderung durchzusetzen. Die gleichfalls geforderte obligatorische staatliche Schlichtung soll verhindern, daß die sozialen Konflikte zur allgemeinen Beunruhigung führen. Sollten die Unternehmer den berechtigten Forderungen der Arbeiter auch in der Frage der Verbindung von Lohn und Index weiterhin Widerstand entgegensetzen, so werden es vielleicht gerade die Folgen der Devaluation sein, die jene andern Forderungen des allzusehr in Vergessenheit geratenen Gewerkschaftsplanes wieder in den Vordergrund rücken: der Kampf gegen die Trusts, die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien.

Re-Industrialisierung der Schweiz

Von Emil J. Walter.

I.

Nach dem »Blitzstrahl« vom 26. September sind wir in der glücklichen Lage, eine ganze Reihe von Arbeiten in der »Roten Revue« erwähnen zu können, welche die Beurteilung der gegenwärtigen Lage und der uns gestellten Aufgaben erleichtern. Wir dürfen deshalb auf weitergehende Vorbemerkungen Verzicht leisten, indem wir auf die nachstehenden Artikel verweisen: Juli 1933: »Der Mittelstand in Bewegung«, März 1934: »Zur Problematik unserer Taktik«, Mai 1934: »Die schweizerische Demokratie im Engpaß«, Juni 1934: »Möglichkeiten schweizerischer Wirtschaftspolitik«, August 1934: »Zur Kritik des Plans der Arbeit«, Mai 1935: »Hilfe für die Exportindustrie«, September 1935: »Reorganisation der Arbeiterbewegung«. In einem leider nicht zur Veröffentlichung gelangten Artikel wurde zu Beginn dieses Jahres versucht, die politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen zu umreißen, die nach der Durchführung der unvermeidlich gewordenen Abwertung zu ergreifen wären. Da die vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund, der Bauernheimatbewegung, dem schweizerischen Angestelltenkartell und dem Verband der evangelischen Arbeiter und Angestellten beschlossenen »Richtlinien für den wirtschaftlichen Aufbau und die Sicherung der Demokratie« die momentan im Interesse des arbeitenden Volkes zu ergreifenden Maßnahmen zielklar umreißen, ist eine spezielle Diskussion an dieser Stelle überflüssig.

Die Führung der schweizerischen Arbeiterbewegung ist unbestrittenenmaßen auf den Gewerkschaftsbund übergegangen, der den